

Erklärung der Betriebsräte und Vertrauensleute

in der deutschen Automobil- und Automobilzulieferindustrie

vom 23. Juni 2003

1. Die Betriebsräte und Vertrauensleute der deutschen Automobil- und Automobilzulieferindustrie erklären ihre Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie, die in einem Arbeitskampf die Angleichung der Arbeitszeit fordern.
2. Wir verurteilen die kompromisslose und starre Haltung der Arbeitgeberverbände, die bis zum heutigen Datum kein verhandlungsfähiges Angebot vorgelegt haben. Insbesondere die Politik des Verbandes der Sächsischen Metall- und Elektroindustrie zeigt, dass eine Lösung dieses Tarifkonfliktes offensichtlich politisch nicht gewollt ist. Es ist eindeutig: Dieser Tarifkonflikt soll benutzt werden für übergeordnete, ideologische Zielsetzungen, die unabhängig vom eigentlichen Gegenstand dieser Tarifaueinandersetzung bestehen. Tarifautonomie und Streikrecht werden grundsätzlich in Frage gestellt.
3. Dazu stellen wir fest:
 - Wer, wie der BDA Präsident Hundt, einen rechtmäßigen Arbeitskampf mit Erpressung gleichsetzt und den Gesetzgeber auffordert, Tarifautonomie und Streikrecht Fesseln anzulegen, verlässt den demokratischen Grundkonsens des vereinten Deutschland.
 - Der VSME spielt den Biedermann und ist in Wahrheit der Brandstifter. Der Verband betreibt seit langem eine verantwortungslose Politik der Selbstauflösung, indem er seine Mitgliedsunternehmen zum Verbandsaustritt aktiv auffordert.
 - Der Stahlabschluss zeigt, dass die Tarifautonomie zu vernünftigen Ergebnissen führt, wenn die Tarifvertragsparteien ihrer Verantwortung gerecht werden. Der in der ostdeutschen Stahlindustrie vereinbarte Stufenplan zur Einführung der 35-Stunden-Woche ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu gleichen Arbeitsbedingungen in ganz Deutschland.
 - Mit der Revisionsklausel des Stahlabschlusses haben die Tarifvertragsparteien erneut bewiesen, dass sie willens und in der Lage sind, den Interessen der Unternehmen in einer wirtschaftlich schwierigen Situation differenziert und flexibel Rechnung zu tragen. Gesetzliche Öffnungsklauseln wären dazu nicht in der Lage. Sie würden die Verbindlichkeit der Tarifnormen und damit die Grundlage der Tarifautonomie untergraben.
 - Die IG Metall hat den Streik nicht gewollt. Aber die Weigerung der Metallarbeitgeberverbände, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, zeigt erneut, dass das Streikrecht unverzichtbar ist, um die Unterlegenheit der Arbeitnehmer auszugleichen. Tarifverhandlungen ohne Streikmöglichkeit wären kollektives Betteln. Der gewerkschaftliche Streik ist durch die deutsche Verfassung geschütztes Recht der Arbeitnehmer. Entscheidend für die Kampfkraft der IG Metall ist aber nicht nur die Arbeitsniederlegung in den Streikbetrieben, sondern die Solidarität aller Metallerrinnen und Metaller in- und außerhalb der Arbeitskampfgebiete.

4. Der Betriebsräte und Vertrauensleute der Automobil- und Zulieferindustrie fordern die ostdeutschen Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie auf, sich zu ihrer Verantwortung als Tarifvertragspartei zu bekennen und unverzüglich mit der IG Metall über eine zukunftsweisende und tragfähige Lösung zur Einführung der 35-Stunden-Woche zu verhandeln. Die Tarifauseinandersetzung ist an einem Scheideweg angekommen. Die Metall-Arbeitgeberverbände wissen, dass sie mit ihrer starren Haltung weitere Haustarife geradezu herausfordern und dem Flächentarif nachhaltig schaden. Wir warnen vor dieser Entwicklung, die wir nicht wollen. Wir fordern Gesamtmetall und alle seine Mitgliedsverbände auf, den Flächentarifvertrag nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen.
5. Wir unterstützen das Angebot der IG Metall, die Angleichung der Arbeitszeiten in mehreren Schritten vorzunehmen und dabei die Möglichkeit einzuräumen, entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Unternehmen, unterschiedliche Geschwindigkeiten gelten zu lassen. Mit den bereits abgeschlossenen Firmentarifverträgen im Tarifgebiet Sachsen hat die IG Metall bewiesen, dass sie die Interessen ihrer Mitglieder auch ohne Arbeitgeberverband durchsetzen kann. Gegenüber einer Vielzahl von Firmentarifverträgen mit unterschiedlichen Laufzeiten ist der Flächentarifvertrag für die Betriebe eindeutig das bessere Instrument, das wir weiterhin anstreben.
6. Angesichts der vielfältigen und engen Konzernverflechtungen geht es in diesem Arbeitskampf auch um die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Westdeutschland. Unterschiedliche Arbeitszeiten in Ost und West machen es den Arbeitgebern leichter, die Standorte gegeneinander auszuspielen. Deshalb fordern wir auch die Arbeitgeber im Westen auf, ihren Teil dazu beizutragen, dass die Verhandlungen in Sachsen und Berlin-Brandenburg endlich vorankommen.

Die Kolleginnen und Kollegen in Ostdeutschland werden die Angleichung der Arbeitszeiten durchsetzen. Dazu haben sie unsere Solidarität. Wir gemeinsam müssen und werden die Angriffe auf Tarifautonomie und Streikrecht abwehren, mit denen insbesondere durch den VSME und den BDA, aber auch durch Teile der Politik, dieser Tarifkonflikt befrachtet wird.

Das gilt insbesondere auch, weil die Kolleginnen und Kollegen in der gesamten deutschen Automobil- und Automobilzulieferindustrie ab heute von kalter Aussperrung bedroht sind, die ihre Ursache in der Verweigerungshaltung der Metallarbeitgeber hat. Den Metall Arbeitgebern wird es nicht gelingen, die Metallerinnen und Metaller zu spalten.

7. Wir unterstützen nachdrücklich die Aufforderung der IG Metall an die Arbeitgeberverbände, die Tarifgespräche unverzüglich wieder aufzunehmen.